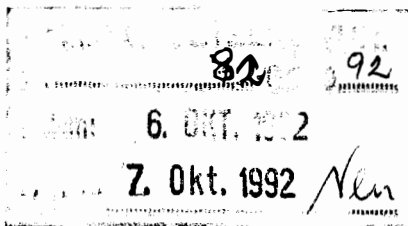


# ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association



An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

WIEN, I.,  
Weihburggasse 10 - 12  
Postfach 213  
1011 WIEN

*Dr. Mzwanger*

Unser Zeichen Dr. C/Ka/3236/92

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen

Wien, am 25.9.1992

**Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz)**

In der Beilage erlaubt sich die Österreichische Ärztekammer, 25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz) zu übersenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*M. Neumann*

Prim. Dr. M. Neumann  
Präsident



**Beilage**

# ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association

An das  
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

WIEN, I.,  
Weihburggasse 10 - 12  
Postfach 213  
1011 WIEN

Unser Zeichen Dr. C/Ka/3236/92 Ihr Schreiben vom: 17.7.1992 Ihr Zeichen GZ 600.883/1-V/8/92 Wien, am 25.9.1992

Betrifft: **Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz)**


Die Österreichische Ärztekammer erlaubt sich, zu oben genanntem Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

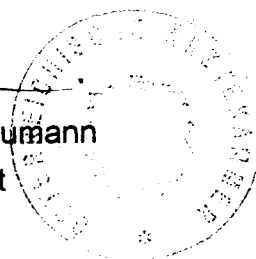
§ 1 des Entwurfes eines Bundesvergabegesetzes sieht eine Geltung dieses Gesetzes u. a. für die Vergabe von Aufträgen und Leistungen jeder Art durch juristische oder physische Personen nach Maßgabe von Verordnungen gemäß § 2 Abs. 1 vor:

§ 2 Abs. 1 verpflichtet die Bundesregierung, soweit "die Republik Österreich im Rahmen der europäischen Integration zur innerstaatlichen Regelung der Vergabe von Aufträgen verpflichtet ist", "zur Durchführung von Rechtsakten im Rahmen der europäischen Integration, die über die Regelungen dieses Bundesgesetzes hinaus seitens des Bundes erforderlichen Regelungen durch Verordnung zu erlassen".

Damit wird der Bundesregierung offenbar das Recht eingeräumt, aufgrund unbestimmter Gesetzesbegriffe ("im Rahmen der europäischen Integration", "erforderlichen Regelungen") nach § 1 Abs. 1 Zif. 6 den Geltungsbereich des Gesetzes auszudehnen und nach § 2 Abs. 1 über die Regelungen des Gesetzes hinausgehende Regelungen zu schaffen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

  
Prim. Dr. M. Neumann  
Präsident



TELEFON: 514 06-0, Telex: 112701, DVR: 0057746  
KONTO: 500005, BLZ 18130, BANK FÜR WIRTSCHAFT UND FREIE BERUFE, 1070 WIEN, ZIEGLERGASSE 5